Dringlichkeitsantrag : Solidarische Praxis gegen soziale Kälte

Antragssteller*innen: Michelle Allion (Delegierte, Kreissprecherin KV Karlsruhe), Johannes Schmidt (Deligierter, Kreisvorstandsmitglied KV Karlsruhe), Elwis Capece (Deligierter, Landessprecher Baden-Württemberg, KV Karlsruhe), David Schecher (Sigmaringen-Zollernalb)

Dringlichkeitsantrag

1.1 zur Beschlussfassung:

Die schwarz-rote Bundesregierung hat einen Herbst des sozialen Kahlschlags angekündigt. Die Vorhaben, die dabei nach außen gedrungen sind werden die konkrete Lebenssituation von Millionen Menschen in Deutschland massiv verschlechtern und viele auch in konkretes materielles Elend stürzen. Für uns als Die Linke stellt sich damit die Frage der konkreten Unterstützung und des konkreten Widerstandes in besonderer Dringlichkeit, bei welcher wir auf alle unsere Wirkungsweisen auch außerhalb programmatischer Vorschläge und Forderungen setzen müssen!

Der mediale Diskurs ist dazu noch stark sozialchauvinistische geprägt. Trotz geltenden Verfassungsgerichtsurteil steht eine Vollsanktionierung des Bürgergeldes im Raum, dabei findet eine rechtliche Einordnung, als Verfassungswidrig in der bürgerlichen Öffentlichkeit kaum bis gar nicht statt. Gleichzeitig wurde auch bekannt, dass die Abschaffung des Pflegegrad 1 geprüft wird. Die Prognosen für drastisch steigende Heizkosten, entstanden durch die Misswirtschaft der Lobbyministerin Reiche, erhielten zudem kaum Öffentlichkeit.

In der Sozialberatung sehen wir, dass Menschen von dieser Grausamkeit nicht nur einzeln getroffen, sondern dass grade bei den am stärksten marginalisierten Menschen ein Schlag nach dem anderen folgt. Arbeitslose Menschen die nicht erwerbsfähig sind werden von Krankenkassen und Ämtern hin- und hergeschoben und erhalten teilweise für Monate keine Bezüge. Alleinerziehende werden vom Arbeitsamt bedrängt, Jobs anzunehmen, die nicht mit ihrer Sorgearbeit vereinbar sind. Exorbitant steigende Heizkosten überschreiten die Pauschalen, die vom Amt ausgezahlt werden und stellen Betroffene vor die Entscheidung, entweder zu hungern oder zu frieren.

Wir als sozialistische Partei dürfen diese Themen nicht alleine gestellt betrachten. Es gilt, sowohl die menschenverachtende Politik zu stoppen, aber auch außerparlamentarisch Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen.

1.2 Arbeitsauftrag zur Überweisung an Landesausschuss und Landesvorstand:

Dafür soll sich der Landesverband Baden-Württemberg zu folgendem verpflichten:

1. Der Landesverband Baden-Württemberg verpflichtet sich, Menschen gegen die Willkür von Staatsorganen und Konzernen zu verteidigen. Dafür verpflichtet sie sich zur Bereitstellung von Sozialberatungsangeboten in den Büros und Geschäftsstellen von Die Linke. Das Angebot wird von den Mitgliedern inhaltlich geprägt - ausgerichtet an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort. Der Landesvorstand wird dabei aufgefordert, den Prozess zunächst konzeptionell und organisatorisch in die Wege zu leiten und zu unterstützen.
2. Unsere politische Arbeit wird sich intersektional mit dem weitgehenden sozialen Kahlschlag auseinandersetzen. Die Maßnahmen werden besonders

marginalisierte Menschen besonders stark betreffen. Der Austausch zwischen kommunal-, landes-, und bundespolitischer Ebene muss gefördert werden, um die Erkenntnisse aus den Bürger*innengespräche durch alle Instanzen zu führen.

3. Wir organisieren regelmäßige thematische Einwohner*innenforen (z.B. sowohl in der Stadt als auch auf dem Land um die Sorgen der Menschen in Baden-Württemberg zu hören und ihnen eine politische Bühne zu geben. Die Linke will die Forderungen, die aus diesen Foren resultieren politisch zu unterstützen und sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch einzubringen.
4. Der Landesverband verpflichtet sich, Fortbildung und Unterstützung von ehrenamtlichen Beratungsstrukturen durch regelmäßige landesweite Vernetzungstreffen zu fördern. Der Landesvorstand wird beauftragt eine „Die Linke hilft“- Landeskonferenz zu organisieren, bei der eine Landesarbeitsgemeinschaft gegründet werden soll.
5. Sozialhilfeverbände, Gewerkschaften und andere Beratungs- und Hilfsorganisationen werden landesweit zu einer Konferenz gegen den sozialen Kahlschlag eingeladen. Der Landesvorstand wird beauftragt, hierfür ein breites gesellschaftliches Bündnis zu schaffen.